

**Niederschrift über die
Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 17.09.2018**

Ort: im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen, Alter Postplatz 10 in 71332 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:

Landrat Dr. Sigel

Die Ausschussmitglieder:

Kreisräte/innen:

Jäger, Beutel (bis 17:53 Uhr), Heissen- (CDU)

berger, Hundt, Metzger, Theile

Riedel, Schäf, Berger (SPD)

Ulrich, Dannenmann, Ostfalk (Freie Wähler)

Dr. Fleischer, Sturm, Härtner (GRÜNE)

Hofer (FDP-FW)

Heide (AfD/Unabhängige)

Bezler (Linke/ÖDP)

Die stv. Ausschussmitglieder:

Sczuka (CDU)

Klopfer (SPD)

Lenk (bis 17:06 Uhr) (FDP-FW)

Entschuldigt:

Häußermann (CDU)

Wörner (SPD)

Heid (Freie Wähler)

Wilhelm (FDP-FW)

Ferner:

Erster Landesbeamter Kretzschmar

Finanzdezernent Geißler

Regierungsdirektor Dr. Zaar

Herr Schmid, VRS (Top 1)

Herr Englert, Geschäftsführer RGS (Top 2)

Frau Berghoff, Europabeauftragte

Frau Callenius, Frau Orner, Tourismus- (Top 3)

beauftragte

Herr Hein, Leiter Straßenbau (Top 4 und 5)

Frau Wurster, Leiterin Geschäftsstelle (Top 6)

Klimaschutz

Herr Dr. Nickel, Geschäftsführer Rems- (Top 7.1.)

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am 17.09.2018

Seite 2

Öffentlich

Murr-Klinik

Weitere Mitarbeiter/innen

Presse

Die Schriftführerin:

Amtsinspektorin Zaiss

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 18:00 Uhr

§1Regionale MobilitätsplattformDrucksache 2018/159

Landrat Dr. Sigel begrüßt das Gremium und Herrn Schmid vom Verband Region Stuttgart. Zur Einführung von TOP 1 bemerkt er, dass die Region Stuttgart nach wie vor unter starkem Verkehr leide. Die Straßen seien über die Maßen ausgelastet. Die Regionale Mobilitätsplattform sei ein Baustein des ÖPNV-Paktes 2025 und solle mit dazu dienen, dass der Verkehr wieder besser fließen könne.

Herr Dr. Zaar, Verkehrsdezernent, erinnert, wie die Aufgabe der Koordinierung und Förderung eines regionalen Verkehrsmanagements durch den Verband Region Stuttgart mit dem ÖPNV-Pakt 2025 im Februar 2014 übernommen wurde. Das Thema des Verbandes sei nunmehr bereits in zahlreichen Sitzungen über ein Jahr lang vorbesprochen worden. Das „Leidenthema dichter Verkehr“ habe großen Diskussionsbedarf. Lösungen, ähnlich der erst in der vorangegangenen Sitzung beschlossenen Tarifzonenreform, werden gesucht. Von Seiten des Verbandes komme nun eine weitere Initiative, die von der Kreisverwaltung und von Gemeinden im Rems-Murr-Kreis begrüßt werde. Entsprechend der Landeshauptstadt Stuttgart solle auch für die Verbundlandkreise eine Verkehrsleitzentrale eingerichtet werden. Damit solle in Fällen von Unfällen und Staus lenkend Einfluss auf den Verkehr genommen werden. Der Rems-Murr-Kreis könne für dieses Projekt einen Förderantrag im RegioWIN-Programm von über 50% der geplanten Gesamtinvestitionskosten stellen. Kommunen im Kreis, die ebenfalls z. B. Ampelanlagen nachrüsten müssten, hätten ebenfalls bereits zugestimmt.

Herr Schmid vom Verband Region Stuttgart erläutert anhand der Power-Point-Präsentation das gemeinsame Vorgehen im Projekt „Regionale Mobilitätsplattform“, das zusammen mit den Beteiligten und somit auch mit den Verkehrsexperten des Straßenbauamtes des Landratsamtes erarbeitet wurde.

Die Folien werden von Herrn Schmid erläutert und wie folgt mündlich ergänzt:

Folie 2: Grundsätzlich gehe es darum, Strategien im Verkehrsmanagement zu entwickeln. In der Projektphase I habe der Hauptfokus auf der Strategieentwicklung gelegen, jetzt in der kommenden Projektphase II gehe es um die konkrete Strategieumsetzung. Dafür sei die Zustimmung der einzelnen Projektpartner notwendig.

Folie 4: In vielen „Runden Tischen“ wurde gemeinsam die Konzeption der Vernetzung und die Strategien erarbeitet. Darüber hinaus sei der Beirat Verkehrsmanagement Region Stuttgart etabliert worden, der zukünftig auch das Entscheidergremium darstellen werde.

Folien 5/6: Der Hauptfokus liege bei den Strategien „Hoher Verkehr zu Hauptverkehrszeiten“ und „Unkoordinierte Verkehrsverlagerungen bei schweren Unfällen auf Bundesfernstraßen“. Herr Schmid betont, dass die Steuerungshoheit gemäß den rechtlichen Zuständigkeiten bei den Straßenverkehrsbehörden bleibe. Die Ring-Zentrale schalte lediglich festgelegte Verkehrsmanagement-Strategien.

Folie 7: Mit der Ring-Zentrale (neu!) soll eine Ebene entstehen, die das Verkehrsmanagement um Stuttgart repräsentiere.

Folie 8: Während die Ring-Zentrale mit ihrer Informationsebene vom Verband Region Stuttgart komplett finanziert werde, werden die lokalen Systeme, wie z.B. Lichtsignalanlagen oder die Anbindung von den jeweiligen Straßenbaulastträgern finanziert und umgesetzt (u.a. Rems-Murr-Kreis, Stadt Waiblingen, Stadt Fellbach).

Folie 9: Neben der IVLZ der Landeshauptstadt Stuttgart und der Straßenverkehrszentrale Baden-Württemberg würde auf Augenhöhe eine dritte große Verkehrszentrale entstehen – die Regionale Verkehrsmanagementzentrale. Darüber das Expertenforum, mit den Experten auch aus dem Rems-Murr-Kreis, so auch dem Verkehrsdezernent Herrn Dr. Zaar.

Folie 10: Im Projekt habe man Teilnetze identifiziert und lohnende Initialstrategien entwickelt. In den auf der Folie grün dargestellten Flächen sollen die Initialstrategien umgesetzt werden. Das wären z.B. Ludwigsburg, Kornwestheim, Ditzingen, Leonberg, Böblingen, Waiblingen Kernen, Fellbach und Stuttgart. Die in Projektphase I untersuchten „grauen Bereiche“ für die auch Initial-strategien

entwickelt wurden, werden für die Pilot-Umsetzung zurückgestellt und bei späteren Erweiterungen der Ring-Zentrale – neben weiteren Bereichen - wiederaufgenommen. Wenn sich die Ring-Zentrale etabliert haben soll, soll die ganze Region Stuttgart von den Verkehrslenkungs-strategien profitieren.

Auf den Folien 11 und 12 werden die konkreten Strategien bei den Szenarien „Stau“ und „Unfall“ erläutert.

Folie 13: Mit dem Eigenanteil des Rems-Murr-Kreises werden vor allem die zwei Lichtsignalanlagen von Beinstein herkommend finanziert. Zusätzlich wäre der Landkreis für die Lichtsignalanlage Rommelshausen der ausführende Träger. Der Verband Region Stuttgart wünscht sich einen Beitrag für das operative Verkehrsmanagement der Ring-Zentrale in Höhe von 5.000 EUR/jährlich. Der Verband investiert für das Projekt insgesamt 4,4 Millionen Euro. Operatoren und Verkehrsingenieure werden vom Verband beschäftigt, die das System optimieren und weiterentwickeln. Hierfür werden Kosten von ca. 1 Million Euro/jährlich geschätzt.

Folie 14: Im September 2018 werde der Projektantrag an den Fördergeber gestellt und parallel dazu die Kooperationsvereinbarungen unter den Partnern mit genauer Beschreibung der Verkehrsmanagementstrategien ausformuliert.

Kreisrätin Sturm betont, dass es grundsätzlich erst einmal notwendig sei, Verkehr nicht entstehen zu lassen und weniger, Maßnahmen zur Reduzierung von Verkehr zu entwickeln. Die geplante „Strategievereinbarung“ habe wohl eher kosmetischen Charakter. Sie erkenne in diesem Projekt keinen Nutzen darin, wie der straßengebundene ÖPNV davon profitieren solle. Immerhin würde das Gesamtprojekt um die 9 Millionen kosten. Grundsätzlich müsse der ÖPNV in verstärktem Maße z.B. mit der Ertüchtigung von Park&Ride-Plätzen und weiteren Strategien zur Verkehrs-minderung unterstützt werden. Auch müsse man bedenken, dass wie im Falle Waiblingens zunächst der Verkehr komplett durch die Innenstadt gelenkt werden müsse, bis der Park&Ride-Platz angefahren werden kann. Das würde keine Verkehrserleichterung geben. Die Verkehrsqualität in der Innenstadt müsse im Fokus bleiben. Sie sehe derzeit keinen Vorteil bei der Regionalen Mobilitätsplattform zur Reduzierung des Verkehrs.

Kreisrat Riedl weist auf die bereits bestehenden Parkierungs- und Verkehrsleitsysteme in Stuttgart und z.B. nach dem Kappelbergtunnel hin. Diese Hinweise seien sicher für den Zielverkehr und damit auch für Waiblingen und Fellbach bereits hilfreich. Sollte jedoch dieser Abschluss nicht möglich sein, ströme der Verkehr zwangsläufig durch Waiblingen und Fellbach. Es gebe keine Alternative zu einer Verkehrsführung über die Alte Bundesstraße und die Korber Straße in Waiblingen-Mitte. Einzig die Information an die Verkehrslenker sei möglich, warum jetzt dieser Weg zu fahren ist. Die sich daraus ergebenden Verkehrsprobleme seien in Waiblingen hinlänglich bekannt. Daran könne auch ein intelligentes Steuerungssystem nichts ändern. Diese verdichtete alternative Verkehrsführung habe dann Auswirkungen auf den straßengebundenen ÖPNV. In Waiblingen existiere bereits ein solches System, das aber bei Stau nur bedingt greifbar ist. Letztendlich zielführend wäre die Einführung von Busspuren. Er könne sich jedoch daran erinnern, dass die Umsetzung einer solchen Maßnahme, wenn auch nur in kleinen Abschnitten, in Waiblingen zu großen Diskussionen und Widerständen geführt habe. Dem Rems-Murr-Kreis bliebe jedoch angesichts der großen EU-Förderung und der Zustimmung der Städte und Gemeinden bei einem relativ überschaubaren Mitteleinsatz nichts anderes übrig, als mit dabei zu sein und den Planungen zuzustimmen. Er bitte jedoch noch um eine detaillierte Aufstellung der hohen Planungs- und Investitionskosten von rund 8,5 Millionen.

Kreisrat Hofer ist ebenfalls der Meinung, dass aufgrund der günstigen Förderlage und der Zustimmung der Städte und Gemeinden dem Rems-Murr-Kreis nichts anderes übrig bleibe, als weiterhin bei diesem Förderprojekt mitzumachen. Nach einer seitherigen Beteiligung bei der Regionalen Mobilitätsplattform solle man jetzt auch bei der Umsetzung mitwirken. Trotzdem kann eine intelligente Verkehrssteuerung nur eine begleitende und keine ersetzende Maßnahme sein. Die Plattform wird weniger Verkehr reduzieren und auch ein weiterer Straßenbau wird nicht vermeidbar sein. Auch muss geprüft werden, wo noch weitere Park&Ride-Plätze ausgebaut werden können. Man müsse ebenfalls davon ausgehen, dass sich der heutige regelmäßige Schleichverkehr weiter verstärkt, da der Verkehr laut Programm hauptsächlich auf der B14 und B29 geleitet werden soll. Darüber hinaus bittet Kreisrat Hofer nicht nur das innerörtliche Netz von Kernen zu beleuchten, sondern den drohenden oder bereits stattfindenden stop&go-Verkehr in einem größeren Kreis, z.B. in und um Weinstadt, Endersbach und Beutelsbach, bzw. rund um das Einkaufszentrum in den Fokus zu nehmen.

Kreisrat Heide bemängelt, dass sich in Hauptverkehrszeiten bereits jetzt der Rückstau bis nach Schorndorf oder Winnenden erstreckt. Durch das Konzept der Regionalen Mobilitätsplattform werde sich kaum eine Verkehrsentslastung ergeben. Die Städte Waiblingen und Fellbach entlasten sich darüber hinaus zu Ungunsten der Außenbereiche. Die Lösung liege darin, neue Ausweichstrecken zu finden oder grundsätzlich den Verkehr zu vermeiden. Man müsse die Arbeitsplätze zu den Menschen bringen und nicht andersherum.

Kreisrat Heissenberger plädiert dafür, nicht bei Kernen eine Ausweichtrasse zu planen. Es gebe keine Ausweichmöglichkeit. Kernen sei bis dato bereits stark verkehrsbelastet. Auch seien Kreisverkehre und Schulbusstrecken nur schwer in eine intelligente Verkehrssteuerung einzubinden.

Kreisrat Ostfalk führt aus, dass die Mobilität erhalten werden müsse. Dies könne unter Umständen mit intelligenten Systemen, die direkt mit dem Fahrer situationsbezogen kommunizieren werden – erreicht werden. Über Fraktionen hinweg sei der Wunsch wohl unstrittig, den Verkehr reduzieren zu wollen und die Straßen so optimal wie nur möglich auszulasten. Wichtig sei die Art der Informationsübermittlung direkt an den Fahrer. Weiterer volkswirtschaftlicher Schaden und Umweltschäden müssen vermieden werden. Sein großer Wunsch sei, die bestehenden Ampelanlagen optimaler zu taktieren.

Kreisrat Jäger weist auf die Vorbehalte und Zweifel über die Fraktionen hinweg hin. Das Hauptproblem sei nicht, wie der Verkehr geleitet werde, sondern wieviel Individualverkehr zur gleichen Zeit auftrete. Grundsätzlich müsse der Verkehrsabfluss reduziert werden, um die Anrainer zu entlasten. Jedoch kann ein Verkehrsleitsystem Verkehr nur verlagern, aber nicht Verkehr reduzieren. Die Hauptverkehrsstrassen B 14 und B 29 seien seither überlastet und werden dies auch zukünftig sein. Die Frage stelle sich, wie intelligent das System in der Praxis angewandt und was es leisten könne. Herr Kreisrat Jäger möchte die Hoffnung haben, dass die Regionale Mobilitätsplattform eine intelligente Verkehrsführung unterstütze, möchte darauf aufbauen und hofft auf die Förderzusage.

Kreisrat Theile bemerkt, dass wohl kaum ein intelligentes Verkehrsleitsystem einen anderen Ausweichweg finden werde, wie den, den der aktuelle Schleichverkehr bereits nehme. Er zweifelt daran, dass der Versuch Früchte tragen werde. Die über das Radio oder das Navi erhältlichen stun-

den aktuellen Verkehrsinformationen seien mit oder ohne das Regionale Mobilitätsmanagement erhältlich und können ja nicht blockiert werden. Folgende Fragen sind für ihn nicht geklärt:

- Kann das Auto-Navi ebenfalls die Daten aus der Regionalen Mobilitätsplattform empfangen?
- Kann ein Handy die Daten empfangen? Hier müsse jedoch gesagt werden, dass die Nutzung des Handys während des Autofahrens nicht erlaubt sei
- Werden die Umleitungsempfehlungen der Regionalen Mobilitätsplattform auch dem Verkehrsfunk weitergeleitet?

Kreisrätin Dr. Fleischer findet grundsätzlich die Überlegung, eine regionale Lösung für die extremen Verkehrsströme zu finden, begrüßenswert. Nach dem Vortrag sehe sie aber keine durchsetzbare Lösung. Der individuelle Schulverkehr bzw. der Busverkehr könne wohl durch eine Pfortnerampel geschützt werden. Diese löse jedoch keine Probleme. Eine Entlastung der Innenstädte wäre wichtig. Auch sei der LKW-Verkehr derzeit ein Problem. Grundsätzlich sei mit den Park&Ride-Plätzen ein guter Baustein in der Mobilität gefunden worden. Allerdings sei auch bekannt, dass beispielsweise die Park&Ride-Plätze in Rommelshausen oder in Fellbach zum Teil bereits ab 8.00 Uhr komplett belegt seien. Mit der VVS-Reform wird der Verkehr zusätzlich in Richtung Stuttgart verlagert. Es entstehen nicht gewollte Verkehrsströme, wenn z.B. der Individualverkehr bis zum ÖPNV-Übergang in die billigeren Zonen die dortigen Park&Ride-Plätze dann überfülle.

Kreisrat Bezler regt zum Streckenabschnitt vor dem Kappelberg-Tunnel an, den Verkehrsstrom abzubremesen. So werde das Einfädeln erleichtert und der Rückstau verringere sich.

Herr Landrat Dr. Sigel erinnert daran, dass die Regionale Mobilitätsplattform nur ein Baustein im ÖPNV-Pakt sei. Ziel sei, mehr Verkehr auf den ÖPNV zu bringen. Der Rems-Murr-Kreis wird mit dem diskutierten Projekt ein Versuch zur intelligenten Verkehrslenkung starten. Ob dies nur Kosmetik ist, wie intelligent das Produkt ist oder ob es ein Patentrezept gebe, bleibe abzuwarten.

Herr Dr. Zaar, Verkehrsdezernent, erinnert daran, dass der Beginn der Diskussionen zur Regionalen Mobilitätsplattform vor ca. einem Jahr stattfand. Auch er sei anfänglich äußerst skeptisch gewesen. Wichtig – und so habe er es gegenüber den Projektpartnern auch immer vertreten – sei, dass der Rems-Murr-Kreis nicht allein von der Verkehrsleitzentrale in Stuttgart bewertet und geleitet werde, sondern dass der Rems-Murr-Kreis in der direkten Verkehrslenkung immer noch selbst handlungsfähig bleibe. Auch sollen keine vorher bestimmten Verkehrs- und Handlungs-szenarien ohne Mitbestimmung der Kommunen über einen gewissen Bereich gelegt werden können. Keine Kom-

mune solle sich benachteiligt fühlen, jede Kommune habe ein Vetorecht. Wichtig sei auch gewesen, in den Diskussionen deutlich zu machen, dass der Verkehr nicht immer nur nach außen verlagert werden könne. Daher waren auch Vertreter der Stadt Weinstadt vor Ort. Das Vorgehen sei, 1. Daten in Echtzeit zu bekommen, 2. diese Daten an den Navigationsdienstleister weiterzureichen und dann auf die 3. einsetzenden Verkehrsregulierungen, wie z.B. Ampel-schaltungen, selbst Einfluss nehmen zu können. Der ÖPNV-Verkehr solle dabei jederzeit Vorrang vor dem Individualverkehr bekommen.

Herr Schmid, Verband Region Stuttgart, führt weiterhin aus, dass im straßengebundenen ÖPNV der „Busweg im Stau“ ein Hauptszenario war, das besonders untersucht werden konnte. Lösungen wurden definiert. Wichtig sei immer gewesen, dass der fließende Verkehr aus den Innenorten abgeleitet werde. Des Weiteren erläutert er noch einmal Details zu den Planungs- und Investitionskosten. Abschließend führt er aus, dass der Operator die aktuelle Verkehrsinfo in eine Verkehrsapp eingibt, die Informationen aus der App werden bei Google eingepflegt und seien somit sofort abrufbar. Man wolle Kosten sparen und Teile mit der Verkehrsleitzentrale in Stuttgart das Büro. Eine genaue Matrix der Kostensteuerung läge vor.

Kreisrat Jäger meint festzustellen, dass bei der neuen Verkehrsbeeinflussung eine Verschärfung des Rückstaus auf den beiden Bundesstraßen B14 und B19 bewusst in Kauf genommen werde. Davor möchte er warnen. Ein Leitsystem sei wichtig, aber dieses dürfe nicht einseitig zu Lasten der Peripherie bedient werden. Der Rückstau nach der Umfahrung in Winnenden sei ein Beispiel hierfür.

Abschließend hält Herr Landrat Dr. Sigel an Herrn Schmid, Verband Region Stuttgart, gerichtet fest, dass die Vorbehalte aus dem Gremium gegenüber dem Einsatz der Regionalen Mobilitätsplattform deutlich spürbar seien. Gewisse Ergebnisse werden erwartet. Die Verwaltung des Rems-Murr-Kreises sehe das Pilotprojekt gern aber kritisch entgegen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Rems-Murr-Kreis beteiligt sich an dem Projekt „Regionale Mobilitätsplattform“ des Ver-

bands Region Stuttgart.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Kooperationsvereinbarungen mit den beteiligten Projektpartnern auszuarbeiten und sich an der Ausführung zu beteiligen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt einen Förderantrag im RegioWIN-Programm zu stellen und entsprechende Mittel für die Projektphase II im Haushalt 2019/2020 zu veranschlagen: einmalige Investitionskosten von ca. 321.000 € brutto bei einem Eigenanteil des Kreises von ca. 132.000 € brutto im Jahr 2020 sowie ein jährlicher Verwaltungsbeitrag und Unterhaltskosten ab 2021 in Höhe von 21.000 €.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Amt für Finanz

§2Remstal Gartenschau 2019: Bericht zu übergeordneten MarketingmaßnahmenDrucksache 2018/160

Herr Landrat Dr. Sigel führt aus, dass die Tage bis zum Start der Remstal Gartenschau 2019 gezählt seien. 244 Tage bis zum Countdown. Sein „Danke“ gilt dem Gremium, Frau Berghoff und Frau Erlekamm, Stabsstelle Wirtschaftsförderung und Herrn Englert, Geschäftsführer der Remstal Gartenschau 2019 GmbH. Der Landkreis sei vorbereitet. Die heutige Sitzung solle noch einmal Klarheit über die Kosten in Höhe von 100.000 Euro für übergeordnete Marketingmaßnahmen bringen. Die Remstal Gartenschau 2019 GmbH mache einen guten und professionellen Job und man habe eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in die effektive Projektarbeit.

Herr Englert, Geschäftsführer der Remstal Gartenschau 2019 GmbH, bedankt sich zunächst ebenfalls beim Gremium und heißt die Sympathieträgerin der Remstal Gartenschau 2019 herzlich willkommen (Hinweis: in den Sitzungssaal tritt als Sympathieträgerin Remsi, die Biene, ein und verbreitet als Mensch in übergroßer comicmäßiger Bienenverkleidung mit freundlichen Winkbewegungen eine super Stimmung im Saal. Remsi „muss“ man gern haben. Das Gremium applaudiert und freut sich). Herr Englert erläutert, dass Remsi als Maskottchen im Jahr 2019 zu vielen Veranstaltungen der Remstal Gartenschau „fliegen wird“, um gute Stimmung zu verbreiten. Gleichzeitig steht Remsi als Symbolträger für wichtige Projekte im Rahmen der Remstal Gartenschau u.a. für das Blühflächenprojekt Bienenroute und damit für die Sorge und Pflege um den Naturraum im Remstal. Details sind in der Vorlage aufgeführt.

Herr Englert erläutert, dass 2019 ein besonderes Jahr für das Remstal sei. Mit Blick auf das Naturparkjubiläum, die Winnender Heimattage und die Remstal Gartenschau 2019 könne man 2019 hervorragend Urlaub im Remstal machen. Der Lebensraum und die Landschaft im Remstal seien wunderschön. Man habe ehrgeizige Ziele und so solle die Landschaft im Remstal mit dem Projekt „Entdecke den unendlichen Garten“ und der Fluss Rems neu in Szene gesetzt werden. Viele Aktionen werden am Fluss stattfinden. Das Remstal will sich attraktiv positionieren, einmal als Naherholungsgebiet Nr. 1 und als Tourismusgebiet. Der Landschaftsraum im Remstal soll nachhaltig weiterentwickelt werden und „das Remstal“ soll als Marke etabliert werden. Begonnen habe man die Pla-

nungen rund um die Remstal Gartenschau 2019 mit einem Grünprojekt. Eine Ergänzung findet sich in einem neuen Standort- und Tourismusmarketing. Das Remstal soll als Tourismusregion voran- gebracht werden. Das Gartenschau-Projekt werde erstmalig viele unterschiedliche Menschen ver- binden. Der Rems-Murr-Kreis ist ein wachsender Landkreis mit rund 350.000 Remstälern. Für neue Strukturen und Projekte müsse eine Vertrauensbasis geschaffen werden. Es gilt, viele Akteure auf einen Nenner zu bringen: sieben Kirchenbezirke, die Gastronomie, die Winzer, auch Verwaltungen und Finanzämter und noch weitere Akteure und mit einfach allen Facetten, welche das Remstal zu bieten hat. Die Gartenschau ist der Motor dafür, wie sich das Remstal ab 2020 positioniert.

Das Remstal steht für Natur, Bewegung, Kultur und Genuss. Diese vier Wörter seien das „Credo“ für die Gartenschau, stellen das Konzept für die Gartenschau dar.

Natur: Die Kommunen unterstützen und investieren kräftig. Mit rund 60 Millionen Euro werden Dau- eranlagen geschaffen, Parkanlagen dauerhaft angelegt und aufgewertet. Neue grüne Infrastrukt- ren werden aufgebaut, Spielen am Wasser, d.h. an der Rems, solle vermehrt möglich sein.

Bewegung: Ab 2019 soll der Remstal-Radweg von Weinstadt bis Aalen mit rund 100 km ausgebaut, bzw. verbessert und als 4-Sterne-Radweg vom ADFC zertifiziert werden. Der Radweg soll gleich- zeitig Erlebnisweg werden. Die Rems soll mit einer „blauen Welle“ bewusst vermarktet und auf Blühwiesenabschnitten soll immer wieder auf das drohende Insektensterben und den unverzichtba- ren Lebensraum von Blühflächen hingewiesen werden. Das Angebot wird abgerundet durch Wan- derangebote und Geocaching-Touren für Kinder. Neue Wege brauchen neue Beschilderungen. Darüber hinaus soll eine Kanuroute von Weinstadt bis Waiblingen beworben werden.

Kultur: Interessante und typische Architekturen sollen im Remstal sensibel vermarktet werden.

Genuss: Getränke und Essen aus dem Remstal werden überall angeboten und vermarktet.

Die 16 Kommunen im Rems-Murr-Kreis beteiligen sich zu ihrem finanziellen Engagement noch mit besonderen Aktionen und Attraktionen rund um das Jahr.

Ab dem 22. September werde der Vorverkauf der Remstal-Card beginnen. Weitere Marketingmaßnahmen seien ein Marco-Polo Reiseführer, ein Remstal-Bonusbuch mit über 170 Attraktionen, Besucherprospekte/Themenflyer (zu den Themen Radfahren, Genuss und Veranstaltungen), zwei Veranstaltungsprospekte, die Zeitung als Medienpartner, eine neue Webseite und Investitionen in Social Media.

Auf der CMT habe man eine sehr gute Resonanz für das Produkt „Remstal“ erhalten. Stuttgart sei „der“ Ort, sich zu präsentieren und zu vermarkten und damit auch der richtige Ort, um Personen mit ihren Urlaubs- und Erholungszielen in das Remstal zu bringen. Auf dieser Plattform könne das bunte Remstal als Destination noch bekannter gemacht werden.

Die Marke Remstal solle nachhaltig aufbereitet und für die Zukunft „fit“ gemacht werden. Die Destination Remstal soll als stärkerer Begriff, als „Marke Remstal“ nachhaltig verortet werden.

Herr Englert bedankt sich beim Landratsamt und beim Team Naturpark für die sehr gute Zusammenarbeit in einem Projekt, in dem viele Zahnräder zusammenlaufen müssen.

Herr Landrat Dr. Sigel betont, dass es für den Landkreis sehr wichtig sei, mit weiteren Akteuren und wichtigen Projekten verbindende Elemente zu schaffen. Man werde es auch auf dem Landwirtschaftlichen Hauptfest, am gemeinsamen Stand der Gartenschau, der Heimattage, des Schwäbischen Waldes und des Remstales sehen. Der Landkreis will sich nicht in den Vordergrund drängen, eher mit wenigen nachhaltigen Projekten wirken und sich da zusätzlich einsetzen, wo Unterstützung notwendig sei.

Kreisrat Ulrich bedankt sich für den erklärenden Bericht zur Verwendung der 100.000 Euro für die übergeordneten Marketingmaßnahmen. Die Remstal Gartenschau 2019 sei eine Chance für das Remstal, es gäbe keine Blaupause für diese Veranstaltung. Auch für die Städte und Gemeinden wird das Projekt von Vorteil und über Jahrzehnte hinweg spürbar und sichtbar sein. Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Kreisrätin Dr. Fleischer habe sich bereits schon viel mit Menschen zu den unterschiedlichen Projekten, die im Rahmen der Gartenschau entstehen, unterhalten. Sie sieht hier große Chancen, aber auch Eingriffe in den Naturschutz. Sie befürwortet es, die drei erläuterten nachhaltigen Projekte zu unterstützen, die Wander- und Radwege, Biodiversitäts-Projekte und Blühflächen. Alle diese Maß-

nahmen seien langfristig angelegt, viele werden noch jahrelang von den Aktionen profitieren. Ihre Fraktion werde ebenfalls dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Kreisrat Jäger betont, dass die Fraktion bereits von Anfang an die Planungen rund um die Remstal Gartenschau unterstützt habe. Wichtig sei, dass die Verwaltung konstruktiv die Maßnahmen mit ihren Fachthemen, wie z.B. Umweltschutz, weiterhin begleite. Anfänglich herrschte jedoch noch Unsicherheit wegen den zusätzlichen Kosten für die Marketingmaßnahmen. Diese Bedenken seien durch den heutigen Vortrag und die deutliche und klare Vorstellung der Ausgabenseite für die Marketingmaßnahmen ausgeräumt worden. Auch seine Fraktion werde den Beschlussvorschlag unterstützen.

Kreisrat Riedel möchte in die Zukunft sehen. Man dürfe jetzt nicht mehr zögern, sondern müsse die Menschen begeistern. Vor allem die nachhaltigen Planungen, wie zum Beispiel das Wandern, das Radfahren, das Ausweisen ökologischer Flächen oder die Biotopvernetzung seien wichtige Projekte, die den Landkreis voranbrächten und dauerhaft wirken würden. Schade, so Herr Kreisrat Riedel, dass ein autofreier Sonntag in diesem Rahmen nicht hatte durchgesetzt werden können. Damit hätte man bundesweite Resonanz erhalten.

Kreisrat Heide findet den Vortrag, die Planungen und die Marketingmaßnahmen schlüssig dargestellt. In Frage stellen möchte er jedoch, warum der Landkreis nun die Mehrkosten der Marketingmaßnahmen alleine tragen sollte.

Herr Landrat Dr. Sigel erwidert darauf, dass es von Anfang an klar gewesen sei, dass die Remstal Gartenschau 2019 GmbH als Hauptakteur agiere. Der Landkreis jedoch, als Teil der kommunalen Familie, leiste seine Beiträge als Umwelt- und Baubehörde und übernehme nur einen Teil der Kosten.

Auf die Frage von Kreisrat Beutel, ob sich die anderen Landkreise auch an den erhöhten Marketingmaßnahmen beteiligen würden, erwidert Herr Dr. Sigel, dass selbstverständlich dazu auch Gespräche geführt worden seien. Der Rems-Murr-Kreis gehe jetzt erstmal mit gutem Beispiel voran. Wie die anderen Gremien sich entscheiden werden sei noch unbekannt. Fakt sei, dass der Rems-

Murr-Kreis das Herzstück der Remstal Gartenschau 2019 sei. Der Landkreis Ludwigsburg sei nur mit einer Gemeinde beteiligt, der Ostalbkreis ebenfalls nur mit wenigen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Für die übergeordneten Marketingmaßnahmen der Remstal Gartenschau 2019 GmbH werden 100.000 Euro bereitgestellt. Zur Mittelbereitstellung wird eine überplanmäßige Aufwendung und Auszahlung in Höhe von 100.000 Euro genehmigt. Die Deckung erfolgt über Mehrerträge bei den Schlüsselzuweisungen.
2. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht über die Beiträge des Rems-Murr-Kreises zur Remstal Gartenschau 2019 zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Stabstelle Wirtschaftsförderung

1 Amt für Finanzen

§3Jahresbericht TourismusDrucksache 2018/139

Herr Landrat Dr. Sigel erläutert wie in der Vorlage aufgeführt, dass das Thema Kreistourismus nach Auflösung des Tourismusbeirates wieder in die Zuständigkeit des Umwelt- und Verkehrsausschusses gekommen ist. Mit dem Bereich Tourismus werde ein erheblicher Markt- und Wirtschaftsfaktor für den Rems-Murr-Kreis bedient. Er übergibt das Wort an Frau Callenius und Frau Orner von der Stabsstelle Wirtschaftsförderung.

Frau Callenius führt zum Thema ein, in dem sie auf die aktuelle Berichterstattung des Landes „Die Tourismusbranche wächst weiter“ hinweist. Anhand der Power-Point-Präsentation „Jahresbericht Tourismus“ erläutert Frau Callenius die Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Tourismus in Baden-Württemberg und im Rems-Murr-Kreis. Sowohl bei den Ankünften, als auch bei den Übernachtungszahlen können Zuwächse verzeichnet werden, was die Bedeutung des Rems-Murr-Kreises als Urlaubsregion bzw. Tagestourismus-Destination untermauert. Die Tourismusbranche gilt mittlerweile als Leitökonomie in Baden-Württemberg.

Frau Orner übernimmt die Präsentation ab der Folie „Bedeutung Radtourismus“ und erläutert die vielfältigen Maßnahmen für die Qualitätssicherung und Vermarktung der Radwege und der Wanderwege sowie die Aufgaben rund um die Digitalisierung touristischer Geo-Daten im Rems-Murr-Kreis. Frau Callenius rundet den Vortrag mit Informationen zu den Prädikatswanderwegen im Remstal und im Schwäbischen Wald, zum Messeauftritt des Landkreises beim Landwirtschaftlichen Hauptfest und zur Arbeitsgemeinschaft Wohnmobiltourismus. Abschließend gibt sie einen Überblick zu den Maßnahmen des Arbeitsprogramms 2019.

Herr Landrat Dr. Sigel bedankt sich beim Team Tourismus für die engagierte Arbeit rund um die touristischen Themen im Rems-Murr-Kreis, was in den vielfältigen Projekten zum Ausdruck komme. Im Rems-Murr-Kreis sei man auf einem guten Weg, man arbeite arbeitsteilig mit vielen unterschiedlichen Organisationen zusammen, vermeide Doppelstrukturen und viele Projekte können gut verzahnt gemeinsam vorangebracht werden. Auch bei den Radwegeprojekten erfolge eine Vernetzung

mit dem ÖPNV und dem Thema Verkehrssicherung von Radwegen, so dass nicht nur der Tourismus, sondern auch der Alltags-Radverkehr von den Maßnahmen profitiere. Ob 2022 der Deutsche Wandertag im Landkreis stattfinden werde sei noch nicht sicher, werde aber seitens des Landkreises unterstützt. Momentan konzentriere man sich aber zunächst auf das Großereignis „Remstal Gartenschau 2019“.

Auch Kreisrat Härtner bedankt sich beim Team Tourismus. Man merke, dass viel Herzblut und ein super Engagement dahinterstehe. Er nehme wahr, dass der Remstal-Radweg sehr gut angenommen und der Stromberg-Murratal-Radweg gut besucht werde. Er bittet beim Stromberg-Murratal-Radweg auf dessen Beschaffenheit zwischen Kirchberg und Burgstall zu achten. In diesem Bereich habe der ADFC bereits Mängel festgestellt. Außerdem bitte er zu prüfen, ob es eine Streckenalternative für die Bergstrecke in Burgstall gebe. Lobend erwähnt Herr Kreisrat Härtner auch die Wanderkonzeption und das Marketing dazu. Auch hier könne sich der Rems-Murr-Kreis selbstbewusst präsentieren.

Frau Kreisrätin Sturm lobt ebenfalls das Engagement des Teams Tourismus und vor allem auch die Bemühungen zum Erhalt der 3-4 Sterne für den Remstal-Radweg. Sehr gut sei, dass der Stromberg-Murratal-Radweg bereits 3-Sterne vorweisen kann. Ihre Frage zielt auf die Vernetzung der Radwegenetze ins Umland, z.B. auch nach Schwäbisch Hall ab.

Dass das Thema Digitalisierung ebenfalls bedient werde, wird ebenfalls von Frau Kreisrätin Sturm lobend erwähnt. Sie erkundigt sich, ob das Digitalisierung-Projekt „Q-vadis“ auch mit einer App bedient werden könne. Des Weiteren bittet Sie zu prüfen, ob die Radwegepaten (siehe Folie 21) ihre Aufgaben auch digital mit einer App bearbeiten könnten? Zum Beispiel wäre es möglich, dass Radwegepaten und auch Radtouristen mittels einer App Schadensmeldungen entlang eines Radweges direkt weiterleiten können.

Kreisrat Ulrich lobt ebenfalls die gute Darstellung und das große Engagement des Teams. Er bittet darauf zu achten, dass die im Zuge der Neubeschilderung touristischer Routen ausgetauschten Wanderschilder zwecks der Orientierung wieder zügig ersetzt werden.

Kreisrat Hofer informiert darüber, dass er aus einem Zeitungsbericht entnehmen könne, dass Esslingen und Ludwigsburg bei ihren Übernachtungszahlen einen Zuwachs von 10% verzeichnen konnten. Nun interessiere er sich, wie hoch jeweils in den unterschiedlichen Landkreisen der Region der Anteil der Wertschöpfung im Tourismus an der Bruttowertschöpfung sei.

Landrat Dr. Sigel beantwortet wie folgt die gestellten Fragen:

Der Rems-Murr-Kreis hat analog des Kreisstraßenmaßnahmenplanes nun auch für die Radwegkoordination mit Frau Fischer eine Ingenieurin als Radweg Koordinatorin ausgebildet. Ab Herbst 2019 kümmert sich Frau Fischer um das Thema Alltagsradeln, das Radwegenetz und bedient die Schnittstelle zum Tourismus. Zur Frage einer Vernetzung des touristischen Radwegenetzes in das Umland erklärt Herr Landrat Dr. Sigel, dass die Stabstelle Wirtschaftsförderung hier sehr gut aufgestellt sei. Z.B. werde der Remstal-Radweg federführend auch für die Nachbarlandkreise Ludwigsburg und Ostalb vom Rems-Murr-Kreis koordiniert. Der Stromberg-Murratal-Radweg werde in Kooperation mit sechs Landkreisen vermarktet und weiter aufgewertet. Die Zusammenarbeit basiere auf einer sehr guten Kommunikation zwischen den Partnern.

Des Weiteren entwickeln sich die App-Angebote sehr rasant. Hier sei man am Thema und an den Entwicklungen dran.

Frau Callenius ergänzt, dass die Beschilderung der Wanderwege über die Geschäftsstelle Remstal-Gartenschau GmbH erfolge. Der Austausch der Wanderschilder werde zentral durch eine Fachfirma erfolgen. Markierungszeichen seien jetzt bereits ausgetauscht.

Frau Orner ergänzt, dass die hohen Übernachtungszahlen im Landkreis Esslingen zu einem großen Teil auf Geschäftsreisen in Zusammenhang mit der Landesmesse zurückzuführen seien. Im Gegenzug dazu habe der Rems-Murr-Kreis einen relativ hohen Anteil an Übernachtungen im ländlich geprägten Tourismus, etwa im Bereich Schwäbischer Wald. Die Möglichkeit, Schadensmeldungen auf Wander- oder Radwegen mittels einer App zu melden, soll realisiert werden. Der Rems-Murr-Kreis untersuche derzeit unterschiedliche Systeme hierfür.

Kreisrat Riedel lobt ebenfalls das Team Tourismus und spricht seine große Anerkennung für die gute Arbeit aus. Er ergänzt, dass das Bemühen um eine gute Tourismusinfrastruktur gleichzeitig echte Wirtschaftsförderung für den Rems-Murr-Kreis sei.

Herr Landrat Dr. Sigel bemerkt abschließend, dass sich die Verwaltung ständig dafür einsetzt, die Lebensqualität im Kreis zu verbessern. „Da wo es mir gefällt will ich leben, da lasse ich mich als Fachkraft nieder“. Er bemerkt lobend, dass die Aufgaben im Tourismusbereich mit nur einer Personalstelle (die auf zwei 50-Prozent-Stellen aufgeteilt ist) erledigt werden.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig:

Der UVA stimmt dem Tourismus-Arbeitsprogramm des Landkreises für 2019 zu.

Auszüge:

1 Stabstelle Wirtschaftsförderung

§4Schadstellensanierungsprogramm Straßen 2018, VergabeDrucksache 2018/017

Landrat Dr. Sigel berichtet, dass der Vorschlag sei, die Kleinmaßnahmen zu bündeln. Dies sei höchst effektiv, da man fünfzehn bis zwanzig Vergabeverfahren spare. So könne man auch das Investitionsprogramm, welches man sich vorgenommen habe, besser abarbeiten.

Landrat Dr. Sigel verweist dann auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird ermächtigt, auf Grundlage des Ergebnisses der öffentlichen Ausschreibung des Schadstellenprogramms für die zweite Hälfte des Jahres 2018, den Auftrag für das Los 1 (Straßenmeistereibezirk Weinstadt) an die Firma Gustav Epple GmbH & Co. KG aus Remseck zum Angebotspreis von 149.926,86 Euro (brutto) und den Auftrag für das Los 2 (Straßenmeistereibezirk Backnang) an die Firma Lukas Gläser GmbH & Co. KG aus Aspach-Großaspach zum Angebotspreis von 168.490,26 Euro (brutto) zu vergeben.

Auszüge:

1 Straßenbauamt

1 Amt für Finanzen

§5K 1887 Erhaltungsmaßnahme zwischen Welzheim und Alfdorf-Rienharz, VergabeDrucksache 2018/134

Landrat Dr. Sigel erläutert allgemein zu den Erhaltungsmaßnahmen, dass den Kreis bereits im Sommer einige Bürgeranfragen erreicht haben, wie es während den Bauarbeiten mit der Verkehrsumleitung aussehe. Dadurch sehe man, dass im Kreis was vorangehe und man die sechs Millionen, welche zur Verfügung stehen, auch nutze. Man setze dieses Geld für die Bürger und bürger-nah ein.

Herr Hein, Leiter Straßenbauamt, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Dannenmann fragt an, ob gewährleistet werden kann, dass der Feldweg, welcher nur für den Busverkehr freigegeben ist, nicht auch von PKW Fahrern genutzt werde.

Herr Hein antwortet darauf, dass selbstverständlich ein "Durchfahrt Verboten" Schild aufgestellt werde, dies allerdings für einige Autofahrer keine Bedeutung mehr habe. Dies hätte man in Schwaikheim erst gesehen. Allerdings seien auf der Strecke Welzheim-Rienharz nicht so viele Autos unterwegs wie in Schwaikheim.

Kreisrat Metzger teilt mit, dass sich im ersten Bauabschnitt ein Brunnen befindet, an welchem weder im Sommer noch Winter Wasser laufe. Er bittet darum, zu schauen, ob dieser Brunnen nur verstopft sei oder eventuell gar kein Wasser mehr laufe.

Herr Hein erklärt, dass er es an seine Mitarbeiter weitergebe und danach geschaut werde.

Kreisrat Ostfalk fragt nach, wie es zeitlich mit der Brücke in Zell bzw. des Bauvorhabens in Oppenweiler bis Zell aussehe.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig und empfiehlt dem Kreistag:

Die Verwaltung wird ermächtigt, auf Grundlage des Ergebnisses der öffentlichen Ausschreibung, den Auftrag für die Erhaltungsmaßnahme im Zuge der K 1887 zwischen Welzheim und Alfdorf-Rienharz an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Landrat Dr. Sigel weist darauf hin, dass nächstes Jahr aufgrund den Kommunalwahlen und des ehrgeizigen Programmes, welches der Kreis sich vorgenommen habe, bei Vergabeentscheidungen so vorgegangen werden müsse, dass man die Vergabe und die Umsetzung der Vergabe in einem Beschluss machen müsse.

Herr Hein antwortet auf die Frage von Herrn Kreisrat Ostfalk, dass man bei diesem Bauvorhaben im Zeitplan liege.

Auszüge:

1 Straßenbauamt

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Amt für Finanzen

§6Klimaschutzhandlungsprogramm 2019 - 2022Drucksache 2018/067

Frau Wurster, Amt für Umweltschutz, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel erläutert, die schwierige Aufgabe sei es, kritisch zu hinterfragen, was Sinn mache und was nicht. Die Frage sei, wie man die Arbeit ausrichten könne um möglichst viel zu erreichen.

Kreisrat Härtner teilt mit, dass die Weiterentwicklung des Klimaschutzes von der Fraktion unterstützt werde und eine Herzensangelegenheit darstelle. Einzelmaßnahmen seien sehr zu begrüßen. Im Handlungsprogramm vermisse er die Nutzung von solarthermischen Anlagen zur Warmwasseraufbereitung sowie Ansätze zur Stromspeicherung und die Verwendung von Holz als Brennstoff.

Kreisrat Riedel bedankt sich für den Bericht und merkt an, dass es den Klimawandel bereits gebe. Man sei viel zu lange defensiv an erneuerbare Energien herangegangen. Auch stecke immer noch viel Ausbaupotenzial darin. Nach Meinung der SPD agiere der Landkreis noch immer sehr defensiv im Bereich der Windkraft. Es werde noch immer nicht durchgängig erkannt, was dezentrale Energieversorgung bedeute. Nämlich möglichst viel Energie vor Ort zu erzeugen, dies sei das Entscheidende. Ein wichtiges Thema ist Abfall, beispielsweise Handys und Einwegbecher. Müll stelle nicht nur ein Problem für unsere Landschaft dar, sondern verseuche Biosphären und Meere. Man benötige ein Pfandleihsystem für Becher. Hier sei viel Aufklärung notwendig. Es fange in den Schulen an. Man müsse die Kommunen und Gastronomen dafür gewinnen.

Kreisrat Heide bezieht sich auf die Anlage 3 und fragt sich, ob das Projekt mit Subventionen berechnet wurde. Man solle die Darstellung am besten getrennt ausweisen, damit klar werde, wie viel wirklich daran verdient werde.

Kreisrat Hofer fügt hinzu, dass man schon merke, dass die Fortschreibung viel Bewährtes weiterführe, was auch nötig sei, etwa das Projekt Stromsparer. Laut Kreisrat Hofer könne sich auch

die CDU in dem Handlungsprogramm wiederfinden, da mehr als 2/3 des Programms das Haus betreffe. Man habe kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem und daher sei die Vorbildfunktion wichtig. Die CO₂-Werte nehmen zu. Von Photovoltaik könne man profitieren. Vieles, was im Klimaschutzprogramm stehe, werde auch schon an andere Stelle ähnlich umgesetzt. Er fragt sich jedoch, wo die Grenze der Fortschreibungen liege. Kreisrat Hofer befürwortet die Einführung des Becherpfandsystems, für die Müllvermeidung müsse man jedoch noch einiges mehr tun.

Kreisrat Theile bemerkt, dass sich die Fraktion bei der Windkraft wiederfinde. Die Becher stellen eine Verschmutzung dar, die freiwillige Pfandrückgabe sei zu wenig. In Schulen solle ebenfalls Mehrwegbecher verpflichtend angeboten werden und die Einwegbecher sollten nicht mehr geduldet werden. Pfandbecher für einen Euro hätten keinen Erfolg, während andere Angebote so günstig seien. Damit könne man vorbeugen.

Kreisrat Ulrich möchte Technologien gefördert sehen, welche noch nicht marktfähig seien, zum Beispiel Speicherung.

Landrat Dr. Sigel bedankt sich für den ersten positiven Eindruck. Zur Speicherung regenerativer Energie führt er aus, dass man sich auf die Möglichkeiten fokussiere, welche man direkt umsetzen könne. Man habe in dem Programm geschaut wo die Richtung hingehen solle. Wenn man technisch in die Anlagen investiere, müsse man davor natürlich nochmals mit dem Gebäudemanagement prüfen, was die optimale technische Lösung sei. Mit dem freien Budget besteht auch die Möglichkeit neue Technologien zu berücksichtigen. Man versuche dem Thema Windkraft aufgeschlossen entgegenzutreten, müsse aber auch die Rolle des Landratsamtes als Genehmigungsbehörde berücksichtigen und mit dem Gegenwind umgehen. Er freut sich, dass die Mehrwegbecher so gut ankommen. Es wäre ungeschickt die Förderung bei Photovoltaik-Anlagen nicht mitzurechnen, eine getrennte Ausweisung sei möglich. Landrat Dr. Sigel informiert den Ausschuss darüber, dass die RMIM seit einem Jahr im Mönchhof bisher 87,5 % CO₂, vor allem durch die Nutzung der Holzpellets, einsparen konnte.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss sowie der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss nehmen die zweite Fortschreibung des Klimaschutz-Handlungsprogramms sowie den Vorschlag, der unterstützenden Erklärung zum Klimaschutzpakt zwischen dem Land Baden-Württemberg und den

kommunalen Landesverbänden zuzustimmen, zur Kenntnis.

Die Beschlussfassung des dritten Klimaschutz-Handlungsprogramms 2019-2022 Klimaschutz zum Mitmachen sowie die unterstützende Erklärung zum Klimaschutzpakt des Landes Baden-Württembergs mit den kommunalen Landesverbänden sollen nach Vorberatung im Umwelt- und Verkehrsausschuss am 05.11.2018 in der Kreistagssitzung am 19.11.2018 erfolgen.

Auszüge:

1 Umweltamt

§ 7.1Beantwortung von Anträgen der Fraktionen und Zählgemeinschaften**§7.1**Interfraktioneller Antrag zur Förderung der ökologischen und regionalen LandwirtschaftDrucksache 2018/019/1

Vor dem Einstieg in das Thema stellt Herr Dr. Sigel den neuen Amtsleiter im Landwirtschaftsamt Herrn Michael Stuber im Gremium vor.

Landrat Dr. Sigel erläutert, dass sich das Thema „Förderung der ökologischen und regionalen Landwirtschaft“, dass sich ausgehend von einem Antrag von KR Bezler entwickelt hat. Konkret geht es darum, die Verpflegung in Kantinen auf biologisches regionales Essen umzustellen.

Herrn Landrat Dr. Sigel ist es wichtig, dass den Beteiligten bewusst sei, dass es sich die Verwaltung mit dem gemeinsamen Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und der ÖDP im Kreistag nicht leichtgemacht habe. Die Zielrichtung des Antrages deckt sich mit dem, was das Landwirtschaftsamt im Rahmen seiner Aufklärung, vom Land Baden-Württemberg unterstützt, versucht, in die Kitas zu tragen und was auch im Rahmen der Gesundheitskonferenz proklamiert werde. Bereits bekannt sei, dass die Kosten für eine solche Umstellung sehr hoch seien. In der Vorlage seien die Ansätze sehr belastbar ermittelt und transparent dargestellt worden. Angesichts der Tatsache, dass aufgrund der Kostenhöhe eine Umstellung kaum umsetzbar sei und mit Blick auf den Gedanken des interfraktionellen Antrages, sei ein Beschlussvorschlag der Verwaltung formuliert worden, der dem Ziel trotz des engen Budgetkorsetts Rechnung trage und das Maximale an Möglichem heraushole. Ob das ein Kompromiss sei oder ob sich das Gremium konkreter am Antrag orientieren möchte, sei zunächst dahingestellt. Fakt sei, dass bei einer entsprechenden Umstellung der Kreis Mehrkosten von jährlich ca. 630.000 € zu tragen hätte.

Herr Dr. Nickel, Geschäftsführer der Rems-Murr-Kliniken erläutert, dass die etwa vor 10 Jahren getroffene Grundsatzentscheidung, in den Rems-Murr-Kliniken statt einer eigenen Produktionskü-

che eine Systemküche einzubauen, die Art der Speiserversorgung stark beeinflusse. Allein der Wunsch, wie in der Ausschreibung aufgeführt, Speisen ohne Geschmacksverstärker und Farbstoffe anzubieten, ergab bundesweit nur einen Anbieter. Der Großteil der Systemanbieter scheidet für diese Komponentenwünsche aus. Im Folgenden erläutert Herr Dr. Nickel anhand einer Power-Point-Präsentation den IST-Zustand des derzeitigen Speisenangebotes und die Auswirkungen einer Einführung einer Bio-Quote in der Speiserversorgung der Rems-Murr-Kliniken. So wird aktuell bereits großer Wert auf Regionalität und Qualität des Speisenangebotes gelegt. Fast 30% des Speisenangebotes werden derzeit durch regionale Lieferanten gedeckt. Dabei sei der Wareneinsatz im Bereich der Bio-Ware aktuell unter 1%, da der Preis dafür sehr hoch sei. Anhand einer Übersicht wurden die zusätzlich zu erwartenden Kosten in Höhe von 415.000 € / Jahr bei einem Einsatz von 13% Bio-Produkten bei gleichbleibendem Speisenangebot erläutert und welche Herausforderungen sich bei der Warenverfügbarkeit und der gleichbleibenden Qualität bei Bio-Ware ergeben. Zusätzlich würden bezüglich der Lagerung und Verarbeitung zusätzliche Infrastrukturkosten und Personalkosten entstehen. Abschließend ergänzt Herr Dr. Nickel, dass verstärkt regionale Produkte eingekauft werden können, um so dem Nachhaltigkeitsgedanken Rechnung zu tragen, aber aufgrund der dargestellten Gründe eine Umstellung auf Bio kaum umzusetzen sei.

Herr Landrat Dr. Sigel bemerkt, dass es der Verwaltung vor allem wichtig sei, auch verstärkt den regionalen Einsatz von Waren, bei den Kliniken und bei den Schulen, zu unterstützen. Auch der Einkauf von Bio-Waren sei bedingt möglich, aber ein Angebot „regional und Bio“ sei nicht realistisch.

Kreisrat Jäger betont zunächst, dass es den Fraktionen nicht darum gegangen sei, das Essensangebot in den Rems-Murr-Kliniken auf Eigenproduktion oder auf 13% Bio umzustellen. Vielmehr soll sich der Landkreis zum Ziel setzen, mehr Regionalität und mehr Bio in das Speisenangebot zu bringen. Mit einer entsprechenden Zielformulierung würden sich alle Beteiligten in die Richtung orientieren, mehr Qualität beim Speisenangebot zu erreichen. Herr Kreisrat Jäger betont, dass die Angabe der 13% im interfraktionellen Antrag als Maßstab oder Orientierungspunkt zu sehen seien, wie sich z.B. auch die Betriebe im Rems-Murr-Kreis bereits in Richtung Öko-Betrieb und damit auf mehr Qualität in der Produktion orientiert hätten. Seine Fraktion könne die jeweils ersten Sätze in der Nummer 2 und 3 des Beschlussvorschlages somit nicht mittragen. Es müsse im Beschluss eine Zielmarke genannt werden, eine stärkere Verbindlichkeit, denn so wie sich das Marktangebot ver-

ändere, so werde sich auch der Lieferantenbezug ändern können. Der Rems-Murr-Kreis solle sich dementsprechend in Bezug auf seinen Warenbezug flexibel verhalten. Herr Kreisrat Jäger räumt ein, dass das Thema „stärkerer Bezug von regionalen Produkten“ so im interfraktionellen Antrag nicht aufgegriffen wurde. Regionalität sei der CDU-Fraktion jedoch immer schon wichtig gewesen.

Kreisrätin Dr. Fleischer stimmt zu, dass die Zahlen aus der Präsentation ein Aus-Kriterium darstellen, informiert aber zum Beispiel über den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, der es in seine Kliniken geschafft habe, 10% mehr Bio im Speisenangebot ohne Mehrkosten anzubieten. Es sei nicht zielführend, das derzeitige normale Krankenhausmenü 1:1 als Bio-Kost umzusetzen. Saisonal sei nicht gleich Bio. Der Speiseplan müsse sich am regionalen saisonalen Angebot ausrichten. Äpfel gebe es nicht nur Bio aus Neuseeland, sondern auch aus der Bodensee-Region. Sie plädiert dafür, die Wertschöpfung der Produkte im Kreis zu belassen und die regionale Landwirtschaft zu unterstützen. Eine Strategie der kleinen Schritte müsse gefunden werden. Eventuell müsse man beginnen, andere Gerichte oder eine andere Verkostung zu wählen und Produktgruppen auszutauschen. D.h. zum Beispiel anstatt konventionelles Schweinefleisch zukünftig mit Bio-Schweinefleisch auszutauschen. Angesichts der multiresistenten Keime und des zu vielen Antibiotikums im Schweinefleisch wäre dies die einzig richtige Entscheidung. Mit der Nachfrage würde sich das Angebot ergeben und dazu hätte der Kreis mit den Kliniken und den Berufsschulen viel Potenzial. Der Rems-Murr-Kreis könnte eine Musterregion für die Umsetzung von regionalen / biologischen Angebot in kreiseigenen Einrichtungen werden und sich auch dafür bewerben. Öko-Bauern vor Ort könnten sich zum Beispiel bei entsprechender Nachfrage bei der Entwicklung eines Bio-Angebotes vor Ort für Systemküchen engagieren.

Kreisrat Bezler ist verwundert, dass nur ein Anbieter auf die Wünsche nach biologisch-regionalen Produkten eingehen konnte. Auch fehle ihm das Bewusstsein bei den Kliniken, ein gesundes, ökologisch wertvolles Speisenangebot vorzuhalten. Vor allem in der Erntezeit müsse es doch möglich sein, entsprechende gute und wertvolle Lebensmittel anzubieten. Der Kreis mit seiner Kantine, die Kreis-Schulen und die Kliniken müssten die Möglichkeit bekommen, hochwertige Lebensmittel anzubieten. Diese Zielformulierung wünsche er sich von der Verwaltung. Ein Finanzierungsmodell einer Klinik dürfe nicht auf günstige Zahlen für die Lebensmittelbeschaffung basieren. Das mit Bio-Produkten auch höhere Kosten verbunden sei, sei unstrittig. Er verweist auf die Antroposophische Filderklinik, die bereits ausschließlich Bioprodukte anbiete.

Herr Landrat Dr. Sigel fasst zusammen, dass das Gremium sich künftig auf eine Zielvorstellung verständigen wird. Und: wenn es kein bio-regional gibt, sei konventionell-regional annehmbar. Es darf aber auch nicht außer Acht gelassen werden, dass die Kliniken über 20 Millionen Defizit schreiben. Der Wunsch nach guter Lebensmittelqualität ist nachvollziehbar und verständlich, aber das Defizit ist nicht von der Hand zu weisen. Die Verwaltung wird erneut nach einem Jahr einen Bericht vorlegen.

Kreisrat Klopfer wünscht sich mehr Vergleiche zu anderen Landkreisen, Kliniken, Schulen und Kitas und wünscht sich, dass das Thema auf der Agenda bleibe. In der Verantwortung vor der „Ein-Welt“ müsse sich jeder politisch Verantwortliche klar dazu bekennen, ökologisch vertretbare Produkte zu verwenden. Er erbitte sich mehr Sensibilität mit dem Thema und eine Prüfung von mehr Umsetzungsalternativen.

Kreisrat Ulrich ist der Meinung, dass das Essen die originäre operative Aufgabe der Geschäftsführung der Kliniken sei. Man müsse prüfen, ob ein entsprechendes Angebot überhaupt leistbar oder machbar sei.

Kreisrat Riedel betont, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag in der Kompromissform zustimmen werde. Er bitte jedoch weiterhin um Information. Die Lieferantenkette müsse dringend überprüft werden.

Für Kreisrat Hofer ist es wichtig, dass das Thema weiterverfolgt wird. Es müsse möglich sein, regionale Produkte zu verwenden. Auch er bittet, dass das Thema erneut auf die Tagesordnung genommen werde.

Herr Landrat Dr. Sigel stellt noch einmal klar, dass ausgehend von dem interfraktionellen Antrag von einem strategischen Ziel die Rede sei und nicht an konkreten 13% festgehalten werde. Diese Zielformulierung könne z.B. auch in die nächste Ausschreibung mit aufgenommen werden und dass der Kreis regelmäßig den Anteil einer Verwendung von ökologischen Produkten steigern wolle.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den modifizierten Beschlussvor-schlag der Verwaltung:

1. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.
2. Eine verbindliche Mindestmarke beim Einsatz ökologisch/biologischer Produkte in den Rems-Murr-Kliniken wird abgelehnt. Die Rems-Murr-Kliniken werden aber beauftragt, den Anteil regionaler Produkte unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit weiter zu steigern.
3. Eine verbindliche Mindestmarke beim Einsatz ökologisch/biologischer Produkte in den Schulkantinen wird abgelehnt. Die Verwaltung wird aber beauftragt, insbesondere mit den Betreibern der Schulkantinen ab 2019 gezielte Maßnahmen zur Steigerung des Anteils regionaler Produkte zu vereinbaren und ab dem Haushalt 2019 ein jährliches Budget von 25.000.- Euro hierfür einzuplanen. Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, bei den Neuausschreibungen der Schulkantinen eine Mindestmarke von 13 % für den Einsatz ökologisch/biologischer Produkte alternativ anbieten zu lassen

Auszüge:

1 Landwirtschaftsamt

1 Amt für Finanzen

1 Amt für Schulen, Bildung und Kultur

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

§ 8Verschiedenes

Herr Dr. Zaar informiert über den Antrag der im Kreistag von der FDP-FW gestellt wurde, in wie weit die Wieslaufalbahn auch an Sonn- und Feiertagen eingesetzt werden könne. Man habe sich dafür ein Angebot eingeholt. Bei der Zweckverbandsversammlung habe man dieses Thema angesprochen, da dieser für die Beschlussfassung zuständig sei. Man habe festgestellt, dass sich nächstes Jahr verkehrliche sowie bauliche Veränderungen im Rahmen der Wieslaufalbahn ergeben. Dazu zählen unter anderem der barrierefreie Ausbau der Bahnsteige sowie die geänderten Fahrzeiten der Busse. Daher wurde bei der Versammlung einvernehmlich beschlossen, dass man dieses Ziel in den Augen behalte und zu einem späteren Zeitpunkt nochmals auffasse, allerdings nicht 2019 umsetze.

Auszüge:

1 Dezernat 3

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der/Die Schriftführer/in:

Dr. Richard Sigel

Die Kreisräte/innen